



Ziele, Absichten und Forderungen der niedersächsischen Parteien zur Landtagswahl 2008

Vergleichende Übersicht
der Aussagen zu Umwelt-, Naturschutz und nachhaltiger Entwicklung



Liebe Freundinnen und Freunde der Erde!

Das Euch vorliegende Dokument soll eine Übersicht der genannten Aussagen von CDU/SPD/Grüne/FDP/Die Linke zu umweltpolitischen Themen bieten. Es ist mit dem Ziel erstellt worden, die Inhalte der Parteien knapp und vergleichbar wiederzugeben. Dementsprechend wurden auch nur die für uns als Natur- und Umweltschutzverband interessanten Themengebiete aufgenommen und in jeweilige Kategorien sortiert.

Wahlprogramme bereiten spätere Planungen und Entscheidungen vor oder verdeutlichen zumindest den von den Parteien eingeschlagenen Weg. Der Euch vorliegende Vergleich soll helfen, diesen Weg zu skizzieren und die Unterschiede bzgl. der Ziele und Positionen unseres Verbandes hervorzuheben.

Schließlich soll dieses Papier eine Grundlage für weitere Gespräche und Diskussionen bieten. Es soll dazu genutzt werden, nochmals die einzelnen Interessens- und Themengebiete des Natur- und Umweltschutzes sowohl bei den Kandidatinnen und Kandidaten ins Gedächtnis zu rufen, als auch dies den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern an der Basis sowie den Wählerinnen und Wählern, mit denen Ihr in Kontakt kommt, zu verdeutlichen.

Der Vergleich ist folgendermaßen aufgebaut: Zu jedem Themenbereich (z.B. Natur- und Landschaftsschutz) werden inhaltliche Aussagen, Absichten und Projekte der einzelnen Parteien aufgeführt. Diese werden innerhalb der Themenbereiche einzeln aufgezählt bzw. - soweit darauf ein Schwerpunkt gelegt wurde - in thematischen Teil-Blöcken (z.B. Bodenschutz) zusammengefasst.

Die Themenbereiche ordnen sich zudem drei übergeordneten Teilen zu: **Naturschutz und Landwirtschaft (ab Seite 3), Energie und Klimaschutz (ab Seite 8) sowie Verkehr und Infrastrukturpolitik (ab Seite 14).**

Tauchen zu einigen Themenbereichen bei Parteien keine Stichworte auf, so haben sie dazu keine Angaben gemacht. Aussagen, die mehrfach genannt werden, sind von den Parteien entsprechend übergreifend oder unspezifisch formuliert. Fett markierte Stichworte heben gesonderte, regionsspezifische Angaben hervor.

Auf dieser Seite unten sind die Quellenangaben und Links zu den einzelnen Wahlprogrammen aufgeführt, die der Zusammenstellung zugrunde gelegt worden sind (Stand: 20.11.2007). Auf den angegebenen WWW-Seiten können die zusammengefassten Aussagen vollständig und im Zusammenhang nachgelesen werden.

Zum Schluss bitten wir Euch, dieses Papier in Euren Kreisgruppen zu verbreiten. Und stellt die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien bzgl. ihrer Aussagen zur Rede! Warum führen sie bestimmte Themengebiete auf und warum welche nicht! Fragt, warum ihre Partei gerade die jeweiligen Aussagen treffen! Für Fragen, Anregungen und Unterstützung stehen wir von der Landesgeschäftsstelle Euch selbstverständlich zur Verfügung.

Quellenangaben:

CDU http://www.cdu-niedersachsen.de/themen/regierungsprogramm/Regierungsprogramm_2008-2013.pdf

SPD http://www.spd-niedersachsen.de/imperia/md/content/landesverbandniedersachsen/tw2008/2007-11-15_regierungsprogramm.pdf

Grüne <http://www.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/204/204591.landtagswahlprogramm2008.pdf>

FDP http://www.fdp-nds.de/fdp_nds/files/01_wahlprogramm_endfassung_20_09_07_mit_deckblatt

Die Linke http://www.dielinke-nds.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=187&Itemid=45

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Themenbereich: Natur- und Landschaftsschutz				
<p><u>Raumordnung / Baupolitik</u> Programme wie das Modellprojekt „Umnutzung landwirtschaftlicher Altgebäude und Hofflächen“ für ländlichen Raum ausbauen. Kommunen bei vorrangiger Entwicklung ihrer Ortskerne vor Ausweisung von Neubaugebieten unterstützen.</p> <p><u>Gesetze und Richtlinien</u> Novellierung z.T. veralteter Richtlinien bei Flora-Fauna-Habitat (FFH) und Vogelschutz – aktuellen Entwicklungen im Naturschutz angleichen.</p> <p>Für Natura-2000-Gebiete einheitlicher Bewertungsmaßstäbe schaffen, um Bürokratie abzubauen und Vorschriften zu vereinfachen.</p>	<p>Nationalparke stärken: Nationalparkverwaltungen und Besuchereinrichtungen zeitgemäß ausrichten und finanziell besser ausstatten.</p> <p><u>Aktionsplan „Biologische Vielfalt“</u> Natura-2000-Gebiete und die Naturschutzgebiete nach fachlichen Erfordernissen festlegen; als Grundstandard sichern; dafür modernes Betreuungsmanagement aufbauen; spezielle niedersächsische Anforderungen berücksichtigen (z. B. Schwerpunkt Feuchtgrünland) und Biotopverbund einbeziehen.</p> <p><u>Landschaft</u> Flächenverbrauch deutlich reduzieren. Naturschutz auf gesamter Fläche des Landes berücksichtigen.</p> <p>Vernetzung der Schutzflächen sichern. Mit planerischen Instrumenten und Technologiefortschritt Konflikte mit Landschaftsbild bei Einsatz regenerativer Energien eliminieren.</p> <p><u>Gesetze, Richtlinien und Initiativen</u> Richtlinien der EU nutzen; EU-Finanzmittel für biologische Vielfalt einsetzen (z.B. Agrarumweltmaßnahmen); ökologischen Wert erhalten, entwickeln und ökonomischen Nutzen und Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.</p> <p>"Kooperationsprogramm Natürliche Ressourcen": Naturschutzmaßnahmen mit EU-Fördermitteln gemeinsam mit Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft ausarbeiten. Nutzungen etablieren, die einen wirksamen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen in der Fläche gewährleisten.</p>	<p>NatPe Niedersächsisches Wattenmeer und Harz, BioR Elbtalau, NSG und LSG als FFH- und EU-VSG ausweisen ("Natura 2000"). Vertragsnaturschutz ausbauen; ökologische Leistungen der Landwirtschaft aus Agrarumweltprogrammen (Ökolandbau, Landschaftspflege) honorieren.</p> <p>Schwerpunkt auf naturnahe, extensive Landwirtschaft.</p> <p>Verbundsystem von Hecken, Feldgehölzen, Gewässerrandstreifen oder Säumen in der Agrarlandschaft etablieren.</p> <p>Geldverschwendung durch Feldwegeausbau und unsinnige Flurbereinigungsmaßnahmen stoppen.</p> <p>Trocken gelegte Hoch- und Niedermoore wiedervernässen.</p> <p>Strikte Begrenzung des Torfabbaus.</p> <p><u>Bodenabbau</u> Durch Bodenabbau gewonnene Rohstoffe durch Recyclingprodukte (Kompost, REA-Gips) ersetzen.</p> <p>Reduzierung der im LROP dargestellten Vorranggebiete.</p> <p>Bestehende Abbaustätten optimal nutzen statt neue zu erschließen.</p> <p>Vorhaben unterschiedlicher Unternehmen durch Regionale Abbauleitplanung steuern.</p> <p>"Biosphärenreservat Südharzer Gipskarst" einrichten.</p> <p><u>Raumordnung / Baupolitik</u> Mit LROP künftige Siedlungspolitik am tatsächlichen Bedarf und vorhandener Infrastruktur ausrichten.</p> <p>Keine FOC im ländlichen Raum.</p>	<p>Eigeninitiative und Verantwortung stärken und Einwerben Drittmittel fördern. Praxis gegenüber Theorie stärken.</p> <p>Artenschutzgelder nur für zielgerichtete Maßnahmen einsetzen.</p> <p>Erstellung weiterer, langfristiger, umsetzungsfähiger, finanzierbarer Artenschutzprogramme.</p> <p>Stärkung des Vertragsnaturschutzes (freiwillige Kooperation mit Landwirtschaft für Natur- und Trinkwasserschutz).</p> <p>Überprüfung und Vereinheitlichung der Natura-2000-Richtlinien.</p> <p>Mittel für Pflege und Entwicklung im Naturschutz erhöhen.</p> <p><u>Bodenschutz</u> Zunahme der Landschaftsinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen verringern, u.a. durch die Umnutzung von Industriebrachen.</p> <p>Reduzierung schädlicher Einträge.</p> <p>Möglichkeit der Wiederherstellung natürlicher Verhältnisse nach Nutzungsaufgabe.</p> <p>Für Gewässerqualität Kooperation mit Landwirtschaft stärken.</p> <p><u>Raumordnung / Baupolitik</u> Revitalisierung vorhandener Brachflächen innerhalb der Siedlungsgebiete - Sanierung und Modernisierung vorhandener Bestände.</p> <p>"Quartierinitiative Niedersachsen" zur Belebung der Innenstädte weiter ausbauen - auf Laufzeit von mindestens fünf Jahren verlängern.</p> <p>ökologisches Bauen in Niedersachsen im Sozialen Wohnungsbau weiter besonders fördern.</p>	<p>Neue Ausweisung von Naturschutz- und Vogelschutzgebieten.</p> <p>Insbesondere Biotopverbundsysteme (Hecken, Feldhecken, Feldgehölze) streng schützen und gezielt weiterentwickeln.</p> <p>Uferbegleitende natürliche oder naturnahe Vegetation, Feldraine, Streuobstbestände, Weiher, Tümpel und andere stehende Kleingewässer als geschützte Landschaftselemente aufnehmen.</p> <p>Abbau von Vollzugsdefiziten im Umweltbereich.</p> <p>Ausbau ökologischer Land- und Waldbewirtschaftung und Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietssystems zur Erhaltung der Artenvielfalt vorantreiben.</p>

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Umweltpolitik				
<p><u>Gen-/Biotechnologie</u> Biotechnologie mit großem Verantwortungsbewusstsein weiterentwickeln und ethisch verantwortbare Nutzungen zulassen. Biotechnologie und die Ansiedlung von Gen-/Biotechnologiefirmen in Bereichen Medizin, Zucht und Entwicklung von pflanzlichen Rohstoffen für Ernährungswirtschaft sowie Energiewirtschaft fördern.</p> <p><u>Umweltbildung</u> Intensivere Vernetzung der Umwelteinrichtungen vor Ort. Gestaltung neuer Lehrprogramme im Bereich Biologie, Umwelt und Naturschutz und für alle Grundschulen verbindlich machen. „Nachhaltigen Schülerfirmen Niedersachsen“ weiter stärken und regionale Umweltzentren im Bereich der Umweltbildung ausbauen. Am Projekt „Klimaschule Deutschland“ beteiligen. Gebiet des Landesprogramms „Natur erleben“ ausweiten und alle niedersächsischen Naturparke einbeziehen. Modellregionen, bspw. Naturpark Lüneburger Heide, Wattenmeer, Elbtalau zum Aufbau von Infrastrukturen für nachhaltige Entwicklung schaffen – Förderung naturnaher Tourismusangebote durch EU-Mittel in Höhe von rund 40 Millionen Euro. Durch Informationsoffensive Öffentlichkeit Landschaftsschutz sensibilisieren.</p> <p><u>Naturschutzverbände</u> Anerkannte Naturschutzverbände sind Partner und leisten wichtigen Beitrag. Zur Würdigung entsprechender Leistungen Niedersächsischen Umwelt- und Naturschutztag ins Leben rufen. Ehrenamtliches Engagement im Natur- und Landschaftsschutz fördern.</p>	<p>Gestärktes Umweltressort mit dem Leitziel der nachhaltigen Entwicklung etablieren und Umwelt- und Naturschutz als Querschnittsaufgabe definieren. Fachübergreifende professionelle Umweltverwaltung aufbauen: stärkt Kooperation mit anderen Fachdisziplinen und den Kommunen, bezieht ehrenamtlich Aktive in die Umwelt- und Naturschutzanforderungen (z.B. die Betreuung von Schutzgebieten) ein. Naturschutzgesetz als wirksames und eigenständiges Fachrecht erhalten. Bei öffentlichen Aufträgen Einhaltung von deutschen Umweltvorschriften und Schaffung eines ökologischen Ausgleichs bei nicht zu vermeidenden Umwelteingriffen sichern. <u>Ehrenamt</u> Bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt der biologischen Vielfalt fördern. Mehr Anerkennung, Absicherung sowie eine finanzielle Grundsicherung für freiwillig Aktive, die mit geeigneten Instrumenten wieder eingeführt wird.</p>	<p><u>Naturschutzverwaltung</u> NLWKN durch qualifizierte Fachbehörde für Natur- und Umweltschutz mit ausreichend Personal ersetzen. Naturschutzverbände umfassende Beteiligungsmöglichkeiten sichern. Institutionelle Förderung aus Landeshaushalt einrichten. <u>Naturschutzstationen</u> vor Ort etablieren; von Land oder Landkreis mit Verbänden gemeinsam betrieben. Vermeidung von oder frühzeitiges Ausräumen von Konflikten. In Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz vor Ort abgestimmte Konzepte zur naturschonenden Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen verwirklichen. Bessere Förderung naturnahen Tourismus ermöglichen.</p>	<p>Gemeinsame Entwicklung von Landwirtschaft und Umwelt. Modernisierung europäischer Natura-2000-Richtlinien – für Umsetzung des Vertragsnaturschutzes – bisherige hoheitliche Sicherung entbehrllich machen. Grünlandregionen vor schädlichen Schutzmaßnahmen bewahren. Arbeit von Naturschutzverbänden wird anerkannt. <u>Umweltbildung</u> Stärkung der schulischen Umweltbildung. Mehr Umweltprojekte im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich. Ausbau des Netzwerks der Regionalen Umweltbildungszentren. Unterstützung außerschulischer Umweltbildungsarbeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Ausweitung des FÖJ.</p>	<p>Landesamt für Ökologie einrichten. Regional eine effiziente Umweltverwaltung aufbauen. Ehrenamtliche Arbeit unterstützen und finanziell angemessen fördern. Zügige Umsetzung der EU-Vorgaben zum Schutz von Mensch und Umwelt, insbesondere Feinstaubbereich. Umfassende Umweltbildung. Niedersächsische Naturschutzgesetz (NNatG) im Sinne einer ökologisch sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik überarbeiten – dabei Rahmen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und die Vorgaben des Europäischen Umweltrechts voll ausschöpfen.</p>

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Landwirtschaft				
<p>Gleichberechtigung konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Besonderheiten des ökologischen Landbaus Rechnung tragen. Flankieren von Agrarreformen und Belohnung spezieller ökologischer Leistungen über individuell zugeschnittene Agrarumweltprogramme. Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung. Cross-Compliance-Kontrollen bündeln, Abläufe vereinfachen und Sanktionen auf relevante Fälle beschränken. Bei Umsetzung GAP (Gemeinsame Agrarpolitik 2005) Landwirte unterstützen: Kontrollen auf Mindestmaß beschränken, jede im Auftrag der Landesregierung handelnde Behörde rechtzeitig vor Kontrolle anmelden; verbessert Kontrolleffizienz. Nachhaltig positives Image heimischer Produkte, Qualitätsorientierung und Entwicklung innovativer Vermarktungsstrategien. Gegen Dumpingpreise – Förderung der Vermarktung qualitativ hochwertiger niedersächsischer Agrarprodukte.</p>	<p>Wettbewerbsfähigkeit der Ökolandbaubetriebe stärken. Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen auf 10% erhöhen. ökologischen Landbau durch Förderung VON Betriebsumstellung, Ausbau von Verarbeitungsstrukturen, Durchführung von Informationskampagnen und Intensivierung von Forschung und Entwicklung stärken: Kompetenzzentrum Ökolandbau stärken: <u>Gentechnik</u> Gentechnik keine Alternative: grundsätzlich gegen Einsatz „Grüner Gentechnik“ in Nahrungsmittelerzeugung; für gesunde Ernährung nicht notwendig. Niedersachsen aufgrund Flächenstruktur nicht für Anbau gentechnischer veränderter Pflanzen geeignet. Wo in großer Übereinstimmung mit der Bevölkerung und der Landwirtschaft gentechnikfreie Regionen gefordert werden, diesen Prozess positiv begleiten. <u>Bioenergie</u> Landwirtschaft in vielen Regionen nur durch Erschließung weiterer Einkommensquellen zu erhalten (Biomasse). Anbau nachwachsender Rohstoffe fördern, dabei Belange von Landwirtschaft, Energiepolitik und Naturschutz zusammenführen.</p>	<p>Leitbild bleibt ökologischer Landbau. Auch konventionelle Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben. Niedersachsen zur agro-gentechnikfreien Zone machen. Tierartgerechte Haltungsbedingungen und strenges Kontrollregime. Umweltschonende Qualitätsproduktion sichert landwirtschaftlichen Betrieben das Überleben. Gründlandbewirtschaftung fördern. Traditionelle Bewirtschaftungsformen (wie Weidebewirtschaftung) honorieren. Offenlegung der Adressaten europäischer Agrarförderung, auch zur Verhinderung von Fehlsubventionen. Hoher Anteil der Landwirtschaft an Treibhausgasen deutlich reduzieren. <u>Ökolandbau</u> Ökolandbau massiv ausweiten. Umstellungsförderung wieder einführen. Vermarktungshilfen für entsprechende Produkte sowie andere garantierte Qualitätserzeugnisse. <u>konventionelle Landwirtschaft</u> Soll auch umwelt- und sozialverträglich wirtschaften ökologischer produzieren: Massentierhaltung, Stickstoffdüngung, giftige Pflanzenschutzmittel, Energieeinsatz reduzieren. Zubau neuer Mastställe stoppen. Tierbestand reduzieren (auch flächengebundene Tierhaltung).</p>	<p>Harmonisierung europäischer Pflanzenschutz- und Tierarzneimittelbestimmungen. Befreien der Rinderhaltungsbetriebe von Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Vereinfachung der Düngeverordnung. Abschaffung der Stilllegungsverpflichtung für Landwirte. <u>Gentechnik</u> Grüne Gentechnik zur Ertragssteigerung von Energiepflanzen. Stärkere Forschungsaktivitäten. Herausarbeiten der – auch ökologischen – Vorteile. Verbraucher soll über kommerziellen Erfolg entscheiden. Energiegehalt von Abfällen sinnvoll nutzen.</p>	<p>Für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe ausbauen. Förderung ökologischer Landwirtschaft durch entsprechend umorganisiertes neues Landwirtschaftsministerium, das eng mit dem Umweltministerium zusammenarbeitet. Ausbau ökologischer Land- und Waldbewirtschaftung und Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietssystems zur Erhaltung der Artenvielfalt vorantreiben. Infrastrukturmaßnahmen für ländliche Regionen und regelmäßige bzw. punktuelle Subventionen für Landwirtschaft an nachhaltigen Schutz der Landschaftselemente bzw. Einhaltung der Naturschutzbestimmungen und an aktive Erfüllung von Naturschutzaufgaben knüpfen. Durch Gesetz und neue Subventionsstrategie Bildung genossenschaftlicher Eigentumsformen in der Landwirtschaft fördern. <u>Gentechnik</u> Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes auf Freiflächen in Niedersachsen verbieten. Kataster über bisherige Versuchsflächen veröffentlichen. Koexistenz von „grüner Gentechnik“ und konventioneller Landwirtschaft unmöglich. <u>Bioenergie</u> Zu hoher Flächeneinsatz für die Bioenergieproduktion ist landwirtschaftlich kurzfristig und ernährungspolitisch gefährlich. Zunehmender Anbau von Energiemais birgt erhebliche ökologische Risiken und hat negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Zur regenerativen Energiegewinnung vor allem überschüssige Gülle und ohnehin anfallende pflanzliche Abfälle nutzen. Biomasse-Importe vor allem aus Reststoffen der Nahrungsmittelproduktion.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Ernährung und Verbraucherschutz				
<p>Mit Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ gesundheitlichen Verbraucherschutz verbessern.</p> <p>Stärkere Überwachung risikoreicher Betriebe und Kontrollsysteme durch zentrale EDV-Erfassung.</p> <p>Qualitätsmanagementmaßnahmen bei allen zuständigen Behörden sowie Überwachung artgerechter Haltungsbedingungen für Nutztiere.</p> <p>„Ernährungsportal Niedersachsen“ im Internet: Information und Antworten zu Ernährung, Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz.</p> <p>Bessere Vermittlung auch in Schulen.</p> <p>Agrar- und Ernährungswissenschaften Forschungsschwerpunkte fördern: Biotechnologie und funktionelle Futtermittel für bessere Wettbewerbsfähigkeit</p> <p><u>Biotechnologie</u></p> <p>Verbraucherschutz und Transparenz an erste Stelle setzen.</p> <p>Aufklärung der Verbraucher über Stand und Chancen von Biotechnik verbessern.</p> <p>Wahlfreiheit der Verbraucher durch strikte Kennzeichnung gewährleisten.</p>	<p>Leitbild „Mündiger Verbraucher“: umfassende Informationen, Beratung, Bildung und Transparenz; Chancengleichheit zwischen Verbraucher- und Anbieterinteressen herstellen.</p> <p>Schwerpunkt auf den vorsorgenden Verbraucherschutz legen: Verursacherprinzips durchsetzen; Höchstmaß an Transparenz und ungehinderter Zugang der Verbraucher zu allen Produktinformationen.</p> <p>Hoher Stellenwert für Lebensmittelsicherheit: umfassende Internetplattform für den Verbraucherschutz einrichten und Verbraucherschutzrechte implementieren.</p>	<p>Konventionelle Lebensmittel sollen gesundheitlich unbedenklich sein.</p> <p>Verstärkung der Lebensmittelkontrollen.</p> <p>Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, wenn Tiere mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden.</p>	<p>Verpflichtung der Rotation bei Kontrollen / unangekündigte Kontrollen.</p> <p>Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnung insbesondere bei Tiefkühlwaren.</p> <p>Sicherung einer lückenlosen Rückverfolgbarkeit bei Produkten durch neutrale Stellen.</p> <p>Weiterentwicklung des Verbraucherinformationsgesetzes.</p> <p>Unterstützung der Arbeit der Ernährungsberatung und von grünen Klassenzimmern.</p> <p>Einfärbung von ungenießbarer Ware.</p> <p>Nutzung von Qualitätsmanagementsystemen der Wirtschaft im Rahmen von staatlichen Kontrollen.</p>	<p>In landeseigene Einrichtungen mit eigenen Küchen bevorzugt Produkte aus der Region verarbeiten (z.B. Landeskrankenhäuser, Mensen, Finanzämter, Arbeitsämter).</p>
Fließgewässer / Wassernutzung				
<p>Europäische Wasserrahmenrichtlinie zum Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer bis 2015 umsetzen.</p> <p>Bemühung um Ausgleich zwischen Nutzungsinteressen der betroffenen Flächen und Zielen der Wasserrahmenrichtlinie.</p> <p>Wassersparprogramme auflagen und eine Grundwasser schonende Landnutzung fördern.</p>	<p>Naturverträgliche Flussbewirtschaftung (kostet ein Zehntel der Reparatur von Hochwasserschäden).</p> <p>Gesunde Wälder und Auen gegen Starkregen und Jahrhundertfluten.</p> <p>Naturschutz auch Grund- und Trinkwasserschutz – naturnahe Wälder als Filter für Grundwasser.</p>	<p>nachhaltige Wasserpolitik - WRRL muss für alle gelten</p> <p>Ablehnung der zusätzlichen Versalzung von Weser und Werra - WRRL muss auch für K + S AG gelten</p>	<p><u>Salzbelastung Weser / Werra</u></p> <p>Senken der Salzbelastung für Werra / Weser. Grenzwert für Salzbelastung auf Absenkungsmöglichkeit überprüfen.</p> <p>Alternativen zur direkten Salzeinleitung überprüfen.</p> <p>Einträge aus Kalihalden reduzieren.</p>	<p>Dioxin-Verseuchung des Elbvorlandes (mittlere Elbe) durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten.</p> <p>Existenz betroffener Landwirte sichern: gesamtgesellschaftlich getragen und in Abstimmung mit Thüringen und Hessen.</p> <p>Chlorid-Grenzwert für die Werra stufenweise entsprechend Fristen und Vorgaben WRRL absenken, bis natürlicher Zustand erreicht ist.</p> <p>Vorrang für die Sicherung von regionalen Wasservorräten vor dem Bau von Trinkwasserfernleitungen.</p> <p>Für Flächenaufkauf zu Natur- oder Trinkwasserschutz zwecken im Haushalt Mittel</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
				bereitstellen. Unangekündigte Kontrollen durchführen (z.B. Pestizideinsatz).
Forstwirtschaft und Jagd				
<p>Holznutzung zur effektiven Energiegewinnung weiterentwickeln. Wald in seinem Bestand sichern. Auf naturnahe Waldwirtschaft (LÖWE) des Landeswaldes unter Berücksichtigung des Klimawandels setzen. Holzreserven aus kleinen und mittleren Privatwäldern mobilisieren insbesondere über forstwirtschaftliche Zusammen-schlüsse. Privaten und kommunalen Waldbesitzern wirtschaftlich nachhaltige Nutzung ermöglichen, ohne andere Nutzungen des Waldes (bspw. als Erholungsraum) zu beschränken.</p>	<p>"Kooperationsprogramm Natürliche Ressourcen": Naturschutzmaßnahmen mit EU-Fördermitteln gemeinsam mit Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft ausarbeiten. Nutzungen etablieren, die einen wirksamen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen in der Fläche gewährleisten.</p>	<p>Naturnahe Waldwirtschaft mit heimischen Baumarten. Holzeinschläge in den Landesforsten wieder am Maß des ökologisch verträglichen orientieren und naturnahen Umbau der Wälder vorantreiben. Alle Landesforsten nach Forest stewardship council (FSC)-Siegel (Garantie ökologische Standards einer nachhaltigen Forstwirtschaft) zertifizieren. Private Eigentümer durch hochwertige Beratung und individuelle Förderung beim naturnahen Umbau ihrer Wälder unterstützen. <u>Jagd</u> Jagd an ökologischen Notwendigkeiten orientieren. Seltene oder im Bestand deutlich zurückgehende Arten nicht mehr bejagen.</p>	<p>Langfristige, ökologische Waldbewirtschaftung als oberstes Prinzip der Waldbewirtschaftung beizubehalten. Waldumbau in standortgerechte und naturnahe Mischwälder weiter fördern. Funktion des Waldes als Trinkwasserlieferant soll – soweit möglich – finanziell hinreichend für alle Waldbesitzarten gewürdigt werden. Aufgaben der Niedersächsischen Landesforsten im Bereich der Umweltbildung weiter unterstützen – Jugendwaldheime sollen erhalten bleiben. Waldpflege auch in Kleinprivatwäldern unterstützen. Landeseigene Domänen und Forsten weiter privatisieren.</p>	<p>Ausbau ökologischer Land- und Waldbewirtschaftung und Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietssystems zur Erhaltung der Artenvielfalt vorantreiben.</p>
Tierschutz und –haltung				
<p>Verantwortungsvolles Handeln gegenüber Tieren – artgerechte Haltung und schonender Transport. Tierversuche soweit wie möglich begrenzen. Konsequente Durchsetzung bestehender Tierschutzstandards und empfindliche Bestrafung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union harmonisieren und international abstimmen. Künftiger Schwerpunkt der Tierseuchenbekämpfung im Bereich der Prävention: Optimierung der Betriebshygiene sowie Schutz vor Erregereinschleppung.</p>		<p>Anerkannten Tierschutzverbänden Klage-recht einräumen. Definition und Unterbinden von Qualzuchten. In Landesliegenschaften tierquälerische Haltungssysteme abschaffen. Anprangern tierquälerischer Haltung von Legehennen in Käfigen. Tiertransporte zum nächstgelegenen Schlachthof höchstens vier Stunden. Strenge Kontrollen zur Einhaltung veterinär- und tierschutzrechtlicher Vorgaben.</p>		<p>Verbot jeglicher quälerischer Nutztierhaltung, insbesondere nicht artgerechter Mastentierhaltung erlassen. Antibiotikahaltige Masthilfen verbieten. Veterinärärztliche Überwachung von Großmastbetrieben konsequent durchsetzen. Tierschutzgesetz konsequent durchzusetzen und verbessern.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Klimaschutz				
<p>Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 25 Prozent erhöhen.</p> <p>„Klimaschutzkonzept Niedersachsen“ mit Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen um zwei bis drei Millionen Tonnen jährlich.</p> <p>Schwerpunkte: Gebäudesanierung, Energieeffizienz, Energieeinsparung, umweltfreundliche Mobilität, Ausbau erneuerbarer Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung.</p> <p>Klimafolgenforschung fördern.</p> <p>„Umweltpakt mit der Wirtschaft“: auf Basis freiwilliger Vereinbarungen in vielen Bereichen deutliche Verminderung von Treibhausgasen.</p> <p><u>Verkehr</u></p> <p>Vereinbarung mit der Automobilindustrie: endlich Drei-Liter-Auto am Markt etablieren; Kfz-Steuer, die sich an den Schadstoffemissionen orientiert.</p> <p>In öffentlicher Verwaltung des Landes Dienstfahrzeuge mit alternativen Antriebsarten bzw. sehr geringem CO₂-Ausstoß einführen.</p> <p><u>Öffentlichkeitsarbeit</u></p> <p>Gütesiegel „Umwelt-Modell-Niedersachsen“ entwerfen.</p> <p>Zur Auszeichnung von Innovationen und Ideen Niedersächsischen „Klimaschutz-Preis“ initiieren.</p> <p>Umwelt- und Klimaschutzzentrum Niedersachsen zur Vernetzung aller Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien einrichten.</p> <p><u>Baupolitik</u></p> <p>Vermehrte Verwendung des natürlichen Bau- und Werkstoffes Holz.</p> <p>Fördertopf „EnerSparN“ (Energie Sparen in Niedersachsen) einrichten: in Zusammenarbeit mit N-Bank zinsverbilligte Darlehen an Gebäudeeigentümer zur Modernisierung und energieeffizienten Sanierung vergeben.</p> <p>Private und gewerbliche Gebäudeeigentümer bei Erlangung des Energiepasses unterstütz-</p>	<p>„Klimaschutzpakt Niedersachsen“ „Niedersachsen Compact“: Netzwerk aus Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung und Umsetzung von Umweltprinzipien (ökologische Märkte, wie z. B. im Bereich der Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, wassersparende Technologien, Recycling- und Abfallwirtschaft, Mobilität, Siedlungs- und Gebäudekonzepte).</p> <p>„Energieeffizienzfonds“: Unterstützt Mittelstand bei der Durchführung von Effizienzmaßnahmen und schafft Anreize, Handwerk, Dienstleistung und Beratung an ökologischen Grundsätzen zu orientieren.</p> <p>„Innovation durch Kooperation“: Gemeinsam mit Forschung, Industrie und Handwerk effizientere Herstellungsprozesse und Produkte mit geringer Energie- und CO₂-Bilanz fördern sowie eine Produktkennzeichnung zur Herstellung von Transparenz für Verbraucher einführen.</p> <p>„Landesinitiative Energieeffizienz“: Landesbehörden sollen durch Energiespar- und Energieeffizienztechniken Strom- und Heizenergieverbrauch um 25 Prozent senken und eine beispielgebende Rolle bekommen. Eingesparte Mittel sollen in „Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen“ fließen und das Beratungsangebot und die Öffentlichkeitsarbeit im Lande mitfinanzieren.</p> <p>„Solare Zukunft“: Bundesprogramm zur Wärmedämmung ergänzen. Neben klassischen Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand (Fenster, Heizungsanlagen, Dämmung) vor allem thermische Solaranlagen und Photovoltaik-Anlagen fördern.</p> <p>„Ökostrom-Initiative“: Initialzündung für Energiestrukturwechsel in ganz Niedersachsen.</p> <p>„Kraft-Wärme-Kopplung“: Verdoppelung von KWK in Niedersachsen und spürbare Senkung der Energiepreise in-</p>	<p>Bis 2020 Minderung der CO₂-Emissionen um 40% in Niedersachsen.</p> <p>Von Land und Wirtschaft gemeinsam getragene Klimaschutz-Agentur ins Leben rufen: unabhängige Beratung privater Investoren und Initiativen zur Energieeinsparung im Bereich Landesverwaltung.</p> <p>Strategische Forschungsallianzen für Energieeffizienz (Entwicklung von Leichtbauwerkstoffen in Automobil- und Flugzeugindustrie, Brennstoffzelle, Speichertechnologien).</p> <p>Modellversuch "Klimaschutz aus Eigennutz Hannover" in Form einer Landes-Koordinierungsstelle den Ansatz auf weitere Kommunen ausweiten.</p> <p>„Top-Runner-Modell“: Industrie bekommt in regelmäßigen Abständen einen ökologischen Orientierungswert gegeben, nach dem sich die Haushaltsgeräte-Hersteller richten sollen - in kurzer Zeit wird ein enormer Fortschritt in der Entwicklung klimafreundlicher Geräte stattfinden (in Japan bereits Standard)</p> <p><u>Baupolitik</u></p> <p>Land und Kommunen bei eigenen Liegenschaften stärker engagieren auch private Eigentümer zu Investitionen anregen bei Stadtsanierung Klimaschutz in Mittelpunkt der Förderprogramme stellen - dazu modellhafte Gruppenbauvorhaben als Trendsetter für Energieeffizienz nutzen Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude auflegen in allen Landesgebäuden ausschließlich Ökostrom verwenden Programm zur Förderung von Bioenergie-Dörfern; mit Dorferneuerungsprogramm in jedem Landkreis mind. zehn Dörfer oder Stadtteile schaffen</p> <p><u>Wärmenutzung</u></p> <p>massiver Ausbau der KWK-Nutzung (mind. 40%) KWK-Informationskampagne zusammen mit</p>	<p>Forschung fördern: Gebäudesanierung (Wärmenutzung), Brennstoffzellentechnik, Wasserstofftechnologie, synthetische Kraftstoffe aus Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie, Sonnenenergie</p> <p>Emissionshandel international stärken - vollständige Versteigerung von CO₂-Zertifikaten.</p> <p>Landesliegenschaften energetisch sanieren.</p> <p>Intelligente Kraft-Wärme-Kopplung für stärkere Wärmenutzung.</p>	<p>Kein Bau neuer Kohlekraftwerke.</p> <p>Landeseigene Gebäude sollten Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.</p> <p>Entwicklung und Bau von Anlagen mit KWK bzw. BHKW sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden - Nahwärmenutzung auszubauen.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>zen (gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmerverbänden und Spitzenverbänden der Immobilienwirtschaft).</p> <p>Energiesparendes Gebäudemanagement für Landesliegenschaften einführen – dabei Rückgriff auf „Contracting“-Modelle (energetische Sanierung durch privatwirtschaftliche Unternehmen).</p> <p><u>Elektrogeräte</u></p> <p>Auf Bundesebene für Kennzeichnung aller Elektrogeräte mit Energieklasse und Stromverbrauch einsetzen (Maßstab: neuester technischer Stand).</p> <p>Kennzeichnungspflicht für Elektrogeräte mit energieintensiven Standby-Systemen.</p>	<p>nerhalb der nächsten 5 Jahre anstreben. Gleichzeitig KWK-Standards bei neuen Kraftwerken und Biogasanlagen und Umrüstung alter Kraftwerke fördern.</p> <p>"Bioenergie in Niedersachsen":</p> <p>In Kooperation mit Kommunen, Stadtwerken und Landwirtschaft regionale Wertschöpfungsketten zur Förderung der Bioenergie unterstützen. Möglichkeiten schaffen, Biogas ins Gasnetz einzuspeisen bzw. dessen Einsatz in KWK-Kopplung voranzutreiben.</p> <p>Gemeinsam mit Automobilwirtschaft und Gewerkschaften Modellvorhaben für innovative Mobilitätslösungen, kombinierte Verkehre, effizientere Motoren, leichtere Fahrzeuge und CO₂-reduzierte und ressourceneffiziente biologische Treibstoffe voranbringen.</p> <p>„Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen“:</p> <p>Koordination und Steuerung der interministeriellen Arbeitsgruppen des Klimaschutzpaktes sowie Öffentlichkeitsarbeit. Angebot für Weiterbildung und Qualifizierungsoffensiven für Investoren, Industrie und Handwerk, für Schulen und breite Öffentlichkeit bereitstellen.</p> <p>"Niedersachsenklima":</p> <p>Kampagne zur Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen und öffentliche Einrichtungen für Klimaschutz und Auffordern zum Mitmachen; Ausschreibung eines Wettbewerbs anhand eines Kriterienkatalogs, im Zweijahresturnus Ergebnisse offen gelegt und Auszeichnung bester Klimaschützer.</p> <p>„Klimarat Niedersachsen“:</p> <p>Soll mit Bündnispartnern das gesamte Klimaschutzpaket-Paket bei der Umsetzung begleiten; Sitz im „Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen“; wissenschaftlich, technologisch, unternehmerisch und durch die NGO ausgerichtet.</p>	<p>Energieunternehmen, Kommunen, Wirtschaft sowie Wohnungsunternehmen und privaten HauseigentümerInnen</p> <p>Förderung der Einrichtung von Nahwärmenetzen</p>		

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Energiepolitik, –wirtschaft und –forschung				
<p><u>Energiepolitik</u> Technologieoffenen und vernünftigen Energiemix. Für ein nationales Energiekonzept, das den Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen Rechnung trägt. Energieversorger bei Einführung eines dezentralen Energie-Management-Systems unterstützen. Einsatz neuer Technologien zur dezentralen Energiegewinnung unterstützen. Erhalt bestehender Kraftwerke sowie Unterstützung der Ansiedlung von Kraftwerken unterschiedlicher Technologien. Ansiedlung von neuen, hocheffizienten und umweltfreundlicheren Kohlekraftwerken, die ältere Anlagen in Deutschland ersetzen. <u>Forschung und Entwicklung</u> Gemeinsam mit bestehenden Netzwerken, Hochschulen und Forschungseinrichtungen Erforschung erneuerbarer Energien intensiv fortsetzen. Gewinnung erneuerbarer Energien durch gezielte Förderung innovativer Projekte und günstige Rahmenbedingungen unterstützen Forschung und Entwicklung der Abscheidung sowie der Deponierung und Endlagerung von CO₂ fördern. Schnelle Markteinführung der Brennstoffzellentechnologie: 2008/09 erneut jeweils 6,9 Millionen Euro bereitstellen. Entwicklung von Biokraftstoffen der 2. Generation. Biomassennutzung mit Wärmenutzungskonzept und Biogas als Erdgas fortentwickeln. Holznutzung zur effektiven Energiegewinnung weiterentwickeln. <u>Modellprojekte</u> Geothermieförderung in Modellprojekten fortführen: mittels Studienreihe Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Erdwärme</p>	<p>Ausgewogener, auf neue Technologien ausgelegter Energieträger-Mix. Ausreichende und sichere Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen. Erneuerbare Energien fördern; bei Förderung Rahmenbedingungen definieren für schnelle Marktreife und Wettbewerbsfähigkeit. Energieausweise für Gebäude als eine Form von "Leuchtturmprojekten". <u>Energiepolitik</u> Energieeinsparung mittels „Effizienz-Initiative“ vorantreiben: Kraftwerkstechnik, Speichertechnik und Haustechnik sowie dezentrale Versorgungsstrukturen weiterentwickeln. Starken Einfluss auf Novellierung des Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes ausüben um KWK zu fördern. Mehr Wettbewerb auf Energieerzeugungsmarkt. Trennung von Stromproduzenten und Netzbetreibern. Stadtwerke als Garanten der Daseinsvorsorge durch Schaffung geeigneter rechtliche Rahmenbedingungen unterstützen und für eigene Landesregulierung Sorge tragen. Kraftwerkparks in Niedersachsen zeitnah erneuern: klimaschonende und effiziente Kraftwerke aufbauen, insbesondere mit KWK. Alte Kraftwerke erneuern, neue Kraftwerke nur noch nach Klimaschutzkriterien zulassen. <u>Ziele für den Energiestrukturwandel</u> Bei entsprechenden von der Bundesregierung zu schaffenden Voraussetzungen bis 2020: <ul style="list-style-type: none"> • 50 % Steigerung der Erneuerbaren Energien (insbesondere durch Windenergie) • 40 % Absenkung der CO₂-Emissionen • 30 % Erhöhung der Energieeffizienz • 15 % Steigerung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor (KWK). </p>	<p><u>Förderung und Forschung</u> Forschung und Entwicklung von Effizienztechnologien in Strom-Speichertechnologien oder Herstellung biogener Treibstoffe intensivieren. Forschungsschwerpunkte zum Klimaschutz an geeigneten Hochschulen etablieren und fördern. Verminderungsstrategien und Anpassungsstrategien zu Folgen des Klimawandels; Finanzierung aus dem Landeshaushalt zuleitenden Dividenden der Beteiligung an Volkswagen AG. Förderprogramme müssen mit Blick auf spürbare Senkung des CO₂-Ausstoßes umgestaltet werden. <u>Kohlekraft</u> Ablehnung der geplanten Kraftwerke in Stade, Wilhelmshaven und Dörpen. Energie aus Kohlekraftwerke durch Mix aus Energieeinsparung, erneuerbaren Energien und KWK-gekoppelten Gaskraftwerken ersetzen. <u>Erdwärme</u> Kostenlose Bereitstellung der erforderlichen geologischen Grundlagendaten. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Förderung von Forschung und Entwicklung. <u>Einrichten eines Klima-Innovations-Fonds</u> Neukonzeption der Wirtschaftsförderung. Umschichtungen von Landesmitteln für klimarelevante Maßnahmen in Höhe von zunächst 150 Millionen Euro. Finanzmittel des Ökofonds in neuen Fonds umleiten. Mittel des konventionellen Wirtschaftsförderfonds zugunsten Klima-Innovations-Fonds umschichten. Finanzierung der NBank und versch. Förderinstitute zukünftig aus Landeshaushalt. Zweck: Klimaschutzinvestitionen in KMU, insbesondere Handwerk sowie denkmalgeschützten oder anderweitig außergewöhnli-</p>	<p><u>Energiepolitik</u> Technologieoffener Energiemix (erneuerbare, fossile Energien, Kernenergie). Fairer Wettbewerb für alle Energieformen (Identifizierung bester Technologien und Energieträger) – kein Verzicht auf Kernenergie. Ausbau erneuerbarer Energien unter marktwirtschaftlichen Randbedingungen. <u>Technologie und Wirtschaft</u> Steigerung der Effizienz und Nutzung erneuerbarer Energien durch neue Technologien. Unternehmen mit neuartigen Kraftstoff- und Antriebstechnologien bei Entwicklung und Vermarktung fördern. Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Technologische Fortentwicklung für Offshore-Windparks. Erneuerung sowie Modernisierung Binnenland-Windenergieanlagen. Wasserstoffwirtschaft aufbauen (dezentrale Energieversorgung durch Brennstoffzellen). Energieforschungszentrum Goslar ausbauen; Kooperation mit Institut für Solarforschung Hameln (ISFH) und Deutschen Windenergieinstitut Wilhelmshaven (DEWI). <u>Energieversorgung</u> Netzmonitoring zur Vermeidung von Energieverlusten. Ansiedlung von neuen Kraftwerken unterstützen. Offenes, wettbewerbsfähiges Stromnetz. <u>Private Träger/Verbraucher</u> Bei Verbesserung der Energieeffizienz Unternehmer / Verbraucher unterstützen. Energie-Contracting fördern (Übertragung des Energiemanagements auf Private). Synergieeffekte durch Einbindung privater Investitionen. Staatliche Abgaben und Steuern für Energie von Verbrauchern wegnehmen. Überprüfung der Wasserentnahmegebühr.</p>	<p>Energiewandel ohne zusätzliche Kosten für untere Einkommensschichten; Steuerung funktioniert nicht allein über den Preis (Fehlen der notwendigen Akzeptanz in der Bevölkerung). Vorrangige Steuerungsinstrumente sind Aufklärung, ordnungspolitische Maßnahmen und Förderprogramme. Nutzung erneuerbarer Energien dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden – Kommunen bei entsprechenden Maßnahmen unterstützen. Abbau der Abhängigkeit von großen Energiekonzernen zugunsten dezentraler, insbesondere kommunaler und genossenschaftlicher Versorger. Staatliche Preiskontrolle soll ungerechtfertigte Energiepreiserhöhungen unterbinden. Initiativen im Landtag für Bundesratsebene: Besteuerung von Biodiesel und Pflanzenöl zurücknehmen, stattdessen Besteuerung von Flugbenzin. <u>Niedersächsische Energieagentur wieder gründen:</u> Weitere Ausarbeitung eines Energiekonzepts. Initiierung der notwendigen landesweiten Kampagnen. Koordination der bestehenden Akteure sowie zur Unterstützung der Kommunen und anderer Institutionen bei der Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen mit ausreichenden Mitteln ausstatten. Gewährleistung der Unabhängigkeit von Finanzmitteln der Energiewirtschaft. Erdverkabelung: neue Hochspannungsleitungen unterirdisch verlegen.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>und deren praktischer Umsetzung erkunden. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft Modellprojekte initiieren, um ausgewählte größere Wohnanlagen energetisch zu sanieren.</p> <p>Wellenkraftwerk an niedersächsischer Nordseeküste realisieren.</p> <p>Erdverkabelung beim Bau von Höchstspannungsleitungen vorziehen; Engagement für modellhafte Forschungs- und Pilotprojekte.</p>	<p><u>Forschung und Entwicklung</u> Forschung und Entwicklung im Bereich Energie- und Rohstoffintelligenz unterstützen.</p> <p>Niedersachsen zum Energieforschungsstandort Nr. 1 entwickeln.</p> <p>Forschungsoffensive „Neue Energien“ für CO2-arme Energieversorgung weiter verbessern.</p> <p>Alle „Neuen Energien“ einbeziehen.</p> <p>Forschung und Entwicklung im Bereich Energie- und Rohstoffintelligenz unterstützen.</p> <p><u>Häuserbau</u> Energieverbrauchswerte von Neubauten und bei grundlegenden Sanierungen um 30 % senken.</p> <p>Im Verbund mit Bauträgern, Handwerk und Beratungseinrichtungen Maßnahmenpakete entwickeln; derzeitigen Passivhausstandard als Maßstab.</p> <p>Zusammen mit Wohnbaugesellschaften Programm „Energetischer Wohnungsumbau in Niedersachsen“ erarbeiten um energetische Sanierung von Mietwohnungen voranzubringen und Mieter in Genuss von Einsparungen und steigender Wohnqualität kommen lassen.</p> <p><u>Wirtschaft</u> Entwicklung umweltfreundlicher Antriebsmodelle: Initiierung von Modellvorhaben gemeinsam mit Automobilwirtschaft und Gewerkschaften.</p> <p>Marktwirtschaftliche Anreize zur Steigerung von effizienteren und erneuerbaren Energietechnologien (privaten, gewerblichen, industriellen Sektor).</p> <p>Rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen um Erdverkabelung durchzusetzen.</p>	<p>chen Gebäuden.</p> <p>Klimaschutzforschung (insbes. Kooperation Wirtschaft-Hochschulen).</p> <p>Entwicklung von entsprechenden Richtlinien unter Einbeziehung von Experten aus Umwelt, Wirtschaft, Forschung</p> <p><u>EU-Strukturfonds</u> Statt Zuschüsse Beteiligungskapital und Kreditförderungen über revolving Fonds bereitstellen um die Programme zu verstetigen.</p> <p>Ministeriumsübergreifende zentrale Steuerung und unabhängige externe Evaluation der EU-Förderung bei N-Bank bündeln.</p> <p>Erdverkabelung reduziert Elektrosmog.</p>	<p>Erdverkabelung prüfen.</p>	

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Atomkraft und Endlagerung				
<p>Nutzung der Kernenergie als notwendige Übergangstechnologie.</p> <p>Initiativen von Hochschulen und anderen Institutionen unterstützen, die kerntechnisches Know-how erhalten und fortentwickeln.</p> <p><u>Endlagerung</u></p> <p>Schacht Konrad zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ausbauen.</p> <p>Mit vorbereitenden Arbeiten zum Ausbau von Schacht Konrad als sicheres Lager zügig beginnen.</p> <p>Angemessenen Interessensausgleich für die Standortgemeinden um das Endlager erreichen.</p> <p>Bei Schließung des Schachtes Asse II alle sicherheitsrelevanten Aspekte und erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Biosphäre ergreifen, um Schädigungen für Menschen und Umwelt auf Dauer auszuschließen.</p> <p>Aufhebung des Moratoriums zur ergebnisoffenen Erkundung des Salzstocks Gorleben.</p> <p>Ziel der Erkundung soll klare und wissenschaftlich untermauerte Aussage zur Eignung oder Nichteignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle sein.</p> <p>Bei Eignung und Übernahme der Lasten der Endlagerung - verbindliche Vereinbarung und finanzielle Absicherung zwischen Bund, Ländern und Energieversorgern.</p>	<p>Keine Aufweichung der Regelung über Restlaufzeiten der Atomkraftwerke.</p> <p>Keine weitere Erkundung von Gorleben solange nicht auch andere Standorte in das Verfahren einbezogen werden.</p> <p>Forderung nach einem offenen Standort-suchverfahren das internationalen Standards von Wissenschaft und Technik entspricht.</p> <p>Keine „Billiglösungen“ zulasten Niedersachsens in der Asse und Gorleben.</p> <p>Für alle Atommülllager soll Atomrecht gelten.</p>	<p>Störanfälliges Atomkraftwerk Esenshamm deutlich früher abschalten als geplant.</p> <p>sofortige Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aufgrund unmittelbarer Nähe zum AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen.</p> <p>Atomaren Müll aus Asse II zurückholen - bei Stilllegung Atomrecht anwenden.</p> <p>Vorschläge des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd) von Ende 2002 wird unterstützt.</p> <p>Gorleben nicht weiter erkunden.</p> <p>Voraussetzung für Endlagersuche bleibt Atomausstieg.</p>	<p>Sicherung Grundlast-Stromversorgung durch Kernkraftwerke entsprechend sicherer technischer Laufzeit.</p> <p>Standort Gorleben - ergebnisoffene Fortsetzung der Untersuchung.</p> <p>Belastungsausgleich für Regionen Salzgitter und Wendland.</p>	<p>Schnellstmöglicher Ausstieg - Übergangszeitraum von 5 Jahren.</p> <p>Verstärkte Sicherheitskontrollen in Kernkraftwerken.</p> <p>Konsequente Anwendung des Atomgesetzes: schnellstmöglicher Ausstieg - Übergangszeitraum von 5 Jahren.</p> <p>Keine Laufzeitverlängerungen.</p> <p>Entzug der Betriebserlaubnis bei Vertuschung von Störfällen und falschen Informationen seitens der Betreiber.</p> <p>Verstärkte Sicherheitskontrollen in Kernkraftwerken.</p> <p><u>Endlagerung</u></p> <p>Keine Nutzung der Standorte Gorleben und Schacht Konrad; keine weiteren Castortransporte nach Gorleben.</p> <p>Politische Voraussetzung für Endlagerentscheidung ist vorherige Abschaltung aller Atomanlagen.</p> <p>Standort für Endlager gemäß Kriterien des AKEnd - Auswahl nicht auf problematisches Medium Salz beschränken.</p> <p>Entscheidung muss Aarhus-Kriterien der UN von 1998 für Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zur gerichtlichen Kontrolle entsprechen.</p> <p>Asse II: weitere Beurteilung nach Atomrecht statt Bergrecht.</p> <p>Untersuchung einleiten, ob Rückholung möglich ist (insbesondere unter Standortsicherheitserwägungen).</p> <p>Rückholung nach technischen Möglichkeiten - finanzielle Gründe sollten keine Rolle spielen.</p> <p>Bundesratsinitiative starten: Energiegiganten verpflichten, Gelder aus ihren zum Zwecke der Endlagerung gebildeten Rückstellungen komplett in öffentlich-rechtliche Fonds einzuzahlen und somit für die Endlagersuche zur Verfügung zu stellen.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Bioenergie				
<p>Für Direkteinspeisung von Biogas ins Erdgasnetz. Gewinnung von Biokraftstoffen der zweiten Generation für Ottomotoren und Dieselfahrzeuge vorantreiben. Konkurrierende Flächen-Nutzungsinteressen zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduzenten für alle Seiten verträglich gestalten. Zusätzlichen Flächenverbrauch strukturverträglich gestalten. Auswirkungen des zunehmenden Anbaus energieintensiver Pflanzen auf Ökologie und Landschaftsbild beachten.</p>	<p>Programm "Bioenergie in Niedersachsen": in Kooperation mit Kommunen, Stadtwerken und Landwirtschaft regionale Wertschöpfungsketten zur Förderung der Bioenergie unterstützen. Möglichkeiten schaffen, Biogas ins Gasnetz einzuspeisen bzw. Einsatz in KWK voranzutreiben.</p>	<p>Biomasse weiter voranbringen. Priorität bei Förderung für CO₂-Bilanz effizienteste und umweltverträglichste Nutzung von Energiepflanzen. Förderung von Anlagen mit KWK und Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz. Energiepflanzenanbau nicht zu Lasten Naturschutz, Artenvielfalt etc. - Mehrgliedrige Fruchtfolge, strikte Begrenzung der Düngung. Keine Gentechnik oder großflächige Monokulturen. Zertifizierungsverfahren für importierte Biomasse - gegen Raubbau an Regenwäldern. Bei Biogasanlagen höchste technische Standards sowie klare Genehmigungspraxis.</p>	<p>Anteil erneuerbarer Flüssigkraftstoffe erhöhen. Biomasseverstromung zur direkten Gaseinspeisung weiterentwickeln. Biodiesel und Rapsöl zur BTL-Technologie weiterentwickeln. Nur effiziente System fördern. Keine subventionierte Energieerzeugung als Konkurrenz gegenüber am Markt orientierter Landwirtschaft. Einspeisevergütung für Biogas nach EEG überprüfen.</p>	<p>Lokale Biogasgewinnung aus landwirtschaftlichen Reststoffen ohne intensivste Monokulturen. Einführung ökologischer Mindeststandards, damit Anbau von Energiepflanzen nicht zu Lasten von Natur und Umwelt erfolgt. Alternativen zum Mais, wie Mischkulturen mit Sonnenblumen, Leindotter oder Luzerne verstärkt nutzen.</p>
Windkraft				
<p>Bau von Offshore-Windparks unterstützen; Sicherheit von Seeverkehr beachten. Repowering an Land: Vereinbarkeit und Verträglichkeit von Windenergieanlagen mit Siedlungsstrukturen und Landschaftsschutz beachten.</p>	<p>Windenergie als zentraler Schlüsselfaktor für die Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien intensiv fördern. Aufbau von Offshore-Windparks und Ausbau von Leitungsnetzen. Standorte effektiver nutzen, Repowering fördern und umweltverträgliche Offshore-Windparks weiterentwickeln.</p>	<p>Ersatz alter Windkraftanlagen durch neue leistungsfähigere erleichtern. Gleichzeitig Planungsfehler korrigieren (zu nah an Wohnsiedlungen, wichtigen Vogelrastgebieten oder zu geringem Abstand) Bessere Beteiligung der Bürger im Planungsverfahren. Offshore-Windparks unterstützen - jedoch Sorgfalt bei Standortauswahl und Stromkabel bei Trassenführung zum Festland bündeln. Verstärkung des Leitungsnetzes von der Küste in Ballungsräume soll unterirdisch erfolgen. Erdverkabelung zur Reduzierung von Elektrosmog. Steuergeld aus Offshore-Windparks (fließen direkt in Landeshaushalt) vollständig für energetische Sanierung von Landesliegenschaften nutzen.</p>	<p>Offshore-Technologie: Hafenstandorte und Kraftwerksprojekte weiter ausbauen - insbesondere außerhalb der 12-Seemeilen-Zone. Steigerung Windenergienutzung durch effizienzsteigerndes Repowering - bei neuen Standorten zum Lärm andere technische Regeln (statt bloße Abstandsregelungen) überprüfen.</p>	<p>Dezentral, ökologisch verträglich, im Einklang mit Belangen der Bevölkerung.</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Solarenergie				
Solarenergienutzung stärken - auf Dächern landeseigener Gebäude bspw. in Zusammenarbeit mit privaten Investoren Solaranlagen installieren.	<p><u>„Sonne-auf’s-Dach“-Initiative</u> Effiziente Dächervermittlung mittels Instrumenten der Marktwirtschaft organisieren. Potenziale der Sonnenenergie besser erschließen. Integration solarer Energien in die Haus- und Gebäudetechnik optimieren. <u>Programm „Solare Zukunft“</u> Ergänzend zum Bundesprogramm zur Wärmedämmung. Neben klassischen Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand (Fenster, Heizungsanlagen, Dämmung) vor allem thermische Solaranlagen und Photovoltaik-Anlagen fördern.</p>	<p>Private Investoren sollen Dächer öffentlicher Gebäude, Lärmschutzwände an Straßen und Parkplätze in öffentlicher Hand für Bau von Solaranlagen nutzen können. Bei EEG-Novelle für kommende Jahre angemessene Vergütung für Einspeisung von Solarstrom sichern. Landeseigene Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) unterstützen.</p>		
öffentliche Daseinsvorsorge				
		<p>Abgas-Emissionen von Müllverbrennungsanlagen für neue und alte Anlagen regelmäßig (alle 5 Jahre) durch schärfere Vorgaben auf neuesten technischen Stand reduzieren. soweit wirtschaftlich darstellbar alte und neue Verbrennungsanlagen mit KWK-Technik ausstatten. Verbrennen von Müll in Industrieanlagen wie Zementwerken nur nach gleichen strengen Emissionsstandards wie bei den Müllverbrennungsanlagen.</p>	<p><u>Abfallwirtschaft</u> Ökologisch effiziente und kostengünstige Lösungen. Marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Strukturen - Freiräume durch weniger Regelungen. Rückzug der Länder und Kommunen aus operativem Abfallgeschäft (reine Überwachung). Energiegehalt von Abfällen sinnvoll nutzen. <u>Abwasserpolitik</u> Erleichterung von Privatisierungen. Steuerliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Aufgabenerbringung.</p>	<p>Keine Privatisierung in Bereichen der Daseinsvorsorge (insbesondere Trinkwasser, Abwasser- und Abfallbeseitigung). Keine weiteren Müllverbrennungskapazitäten schaffen. Abfallvermeidung und umweltverträgliche Alternativen zur Müllentsorgung fördern , z.B. verbesserte Trennungskonzepte, der Bau von mechanisch-biologischen Anlagen zur Abfallbehandlung.</p>
Verkehrs- und Infrastrukturpolitik				
<p><u>Flugverkehr</u> Frage der Umweltbedingungen wie auch effektiver Lärmschutz hat wachsende Bedeutung für direkte transatlantische Verbindung zwischen niedersächsischen Flughäfen und den Airports in Übersee. Verlängerung der Startbahn des Forschungsflughafens in Braunschweig um Forschungskompetenzen in Braunschweig auszuweiten.</p>	<p>Kraftfahrzeugsteuer nach Schadstoff-Ausstoß bemessen. <u>Biokraftstoff-Kampagne</u> Bis zum Jahr 2020 20 % der konventionellen Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzen. Auf Nachhaltigkeit beruhendes Zertifizierungssystem schafft entsprechende Maßstäbe zur Umweltverträglichkeit und Beitrag zur CO2-Minderung.</p>	<p>Verkehrsverlagerung auf Bus und Bahn. Effektivere Verkehrssteuerung. Lenkungsmaßnahmen auf Basis der Telematik. Einrichtung von Umweltzonen sowie Tempolimits (maximal 120km/h auf Autobahnen). LKW-Maut-Ausweichverkehre zurückdrängen. Maut auf alle LKW ab 7,5 Tonnen sowie auf</p>	<p>Alle Verkehrsträger in optimales Konzept einbeziehen. Logistikinitiative des Landes ausbauen. Mittel für Ausbau der Straßenverkehrswege aufstocken. Lkw-Maut-Einnahmen erhöhen. Telematik / Fahrerassistenzsysteme aufbauen zur Vermeidung von Unfällen/Staus. Das Netz der Terminals für kombinierten</p>	<p>Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene. Straßenplanungsämter des Landes und der Kommunen zu Mobilitätszentren umbauen: alle Verkehrsträger gleichberechtigt in ihre Bauplanungen einbeziehen. Alle Verkehrsträger sinnvoll miteinander zu verknüpfen (Park&Ride Angebote, Car-Sharing-Modelle, moderne Rufbussysteme</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
	<p><u>Masterplan Güter- und Schwerlastverkehr</u> Potenziale für Effizienzsteigerungen und ökologische und ökonomische Perspektiven zur Entlastung der Straßen aufzeigen. Integrierte Logistikkonzepte zur Vermeidung überflüssigen Leerverkehrs. Einbezug der Schienen- und Wasserstraßennetze. Möglichkeiten des kombinierten und vor allem des intermodalen Verkehrs fördern, so dass Güter mit dem jeweils effizientesten und umweltgerechtesten Verkehrsträger transportiert werden.</p>	<p>Transport über Umgehungsstrecken ausweiten. Weitere Anreize für verbrauchsärmere Fahrzeug-Modelle. Sauberere und leisere Fahrzeuge fördern. Einsetzen für klimaschutzorientierte Reform der Kfz-Steuer - Besteuerung nach CO₂-Ausstoß statt Hubraum. Bonus-Malus-System für Sparmobile basierend auf Strafzahlungen von Spritschluckern. Abschreibungsfähigkeit von Dienstwagen ab 2008 bei Obergrenze von 140 g CO₂/km deckeln. Kommunen mit Wunsch nach einheitlicher Tempo-30-Zone unterstützen. Anreize zur Bevorzugung schadstoffarmer Fahrzeuge (z.B. kostenlose öffentliche Parkplätze <u>Bundsratsinitiative:</u> Mwst.-Satz auf Bahnkarten halbieren; Flugverkehr mit MwSt., Besteuerung von Flugbenzin und Ticketabgabe. Teil der dem Land zufließenden Einnahmen aus MwSt.-Erhöhung für nicht-PKW-bezogene Maßnahmen verwenden. Verzicht auf Nachtflüge (insbesondere Langenhagen) Kein Ausbau der Regionalflughäfen wie Braunschweig oder Kassel-Calden. Gesundheitsinteressen der Anwohner besser berücksichtigen</p>	<p>Verkehr und zugehörigen Güterverkehrszentren weiterentwickeln. Neue Konzeption für Luftverkehr; Entwicklungschancen der Verkehrslandeplätze einbeziehen. Ausreichender Lärmschutz bestehender Eisenbahnlinien, insbesondere bei Anbindung Jade-Weser-Port. <u>Luftreinhaltung</u> Kein eigenes Landesimmissionsgesetz. Harmonisierung der nationalen Gesetze auf EU-Ebene vorantreiben. Bei Orten wo Luftqualitätsrichtlinie greift - vornehmlich Verminderung von Staus und Optimierung der Verkehrslenkung.</p>	<p>und Sammeltaxen sowie Fuß- und Radwegenetze). Land als Anteilseigner soll VW zur Entwicklung ökologisch verträglicherer Autos drängen.</p>
ÖPNV				
<p>Solide Finanzausstattung des ÖPNV über 2009 hinaus schaffen. Erhalt des schienengebundenen Personennahverkehrs in der Fläche - Weiterentwicklung nach Bedarf. Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes; bis dahin Kompensation der gekürzten Bund-Mittel durch Landeshaushalt fortsetzen.</p>	<p>ÖPNV auf Straße und Schiene mit öffentlichen Mitteln unterstützen und ausbauen. Innovative Lösungen um Grundversorgung gerade im ländlichen Raum zu gewährleisten und Teilhabe aller Menschen in unserem Land sicherzustellen.</p>	<p>Individuelle Mobil Card einführen - einfache und sichere Abrechnung von Fahrten. Internet-Portal, welches ÖPNV-Informationen und Fahrpläne des Landes und angrenzender Regionen bündelt. ÖPNV-Förderung gezielter auf effizienteste Angebote und tatsächliche Bedarfsgruppen zuschneiden - entsprechend demografischem Wandel und regional abnehmender Siedlungsdichte. Möglichst umsteigefreie Anbindung der</p>	<p>Freie Linien- und Streckenausschreibungen auf Strecken im ÖPNV und SPNV schaffen Flexibilität, Streckenerhalt sowie Qualitäts- und Kostenverbesserung. ÖPNV entspr. Ausreichender Nachfrage verbessern. Im ländlichen Raum neue Formen des ÖPNV (flexible Bedarfsverkehre; Kooperation mit Taxiunternehmen).</p>	<p>Landesweites Sozialticket innerhalb der regionalen Verkehrsverbünde einführen. ÖPNV zur echten Alternative zum Auto ausbauen. Entwicklung eines landesweiten Konzepts für schienen- wie für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr. (Ersetzung der vagen Formulierungen der verkehrspolitischen Ziele im Nahverkehrsgesetz durch klare und eindeutige qualitative Mindeststandards). Dabei angemessene Beteili-</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
		<p>wichtigsten touristischen Ziele an Bahnverkehr.</p> <p>Busse als Zubringer für Bahn fortentwickeln. Bedarfsverkehre (Rufbusse, Sammeltaxen) sollen ländlichen Raum an öffentlichen Verkehr anschließen.</p> <p>Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV.</p> <p>Zurücknahme der Einschränkungen im ÖPNV aufgrund vom Bund gekürzter Regionalisierungsmittel.</p>		<p>gung der Fahrgastverbände.</p> <p>Konsequente Ausrichtung auf Bedürfnisse der Nutzer.</p>
Häfen, Güterumschlag und maritime Wirtschaft				
<p>Jade-Weser-Port bis 2010 fertig stellen.</p> <p>Vernetzung der See- und Binnenhäfen, auch kommunalen Häfen.</p> <p>Norderweiterung des Seehafens in Brake mit Nachdruck vorantreiben.</p> <p>Bau eines vierten Liegeplatzes an den Europakai im Cuxport/Cuxhaven.</p> <p>Hafen Stade-Bützfleth: Ausbau des Nordwest-Kais forcieren.</p> <p>Für Umschlag von Importkohle in Wilhelmshaven Niedersachsenbrücke umbauen.</p> <p>Weiteren Liegeplatzes für Umschlag von Kraftfahrzeugen in Emden vorsehen.</p> <p>Unnötige Hemmnisse für Küstenfischerei in Küstenfischereiordnung beseitigen und weiter in Infrastruktur der Fischereihäfen investieren.</p>	<p>Jade-Weser-Port unterstützen.</p> <p>Zeitgleich bessere Anbindung ans Hinterland: Elektrifizierung und Zweispurigkeit der Bahnstrecke sowie Ortsumgehungen Sande und Delmenhorst und Lärm mindernde Maßnahmen in Oldenburg verwirklichen.</p> <p>Durch zeitgleiche Inbetriebnahme der Gewerbeflächen am Hafen Groden werden Güter umgeschlagen und sofort weiterverarbeitet.</p>	<p>Schieneanbindung norddeutscher Häfen verbessern.</p> <p>Kanalnetz (insbesondere Elbe-Seitenkanal, Stichkanäle) für durchgängige Befahrbarkeit mit Großmotorgüterschiff ertüchtigen.</p> <p>Häfen mit entsprechenden Umladestationen für Zubringerverkehre ausstatten.</p> <p>Norddeutsche Hafenkooperation: Ladungsverkehre (insbes. Containerverkehr) arbeitsmäßig abwickeln.</p> <p>Jade-Weser-Port zum Tiefwasserhafen ausbauen.</p> <p>Privaten Betreibern Finanzierung der Häfen-Infrastruktur überantworten.</p> <p>Kostendeckende Hafengebühren für öffentliche Dienstleistungen in Abstimmung mit benachbarten EU-Staaten erheben.</p>	<p>Weiterentwicklung des Hafensystems Deutsche Bucht (Neue Hanse).</p> <p>Nds. Häfen und ihre Hinterlandverbindungen ausbauen.</p> <p>Ansiedlung auch energieintensiver Betriebe an Küstenstandorten.</p> <p>Fischereiwirtschaft langfristig durch nachhaltigen Schutz mariner Ökosysteme sichern.</p> <p>Maritim orientierte Forschung und Wissenschaft im norddeutschen Verbund fördern.</p>	<p>Für Jade-Weser-Port.</p> <p>Schwerpunkt des Container-Transports auf Schiene und Schiff.</p> <p>Modernisierung der Schienenwege und teilweise neue Streckenführung unter Beteiligung der BürgerInnen.</p> <p>Cuxport in Cuxhaven: unverzügliche Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für Erweiterung des Cuxports um drei Großschiffsliegeplätze am seeschifftiefen Wasser.</p> <p>Forderung nach ökologisch und ökonomisch abgestimmtem Norddeutschen Hafenkonzept.</p>
Binnengewässerausbau, -schutz und Hochwasser				
<p><u>Hinterlandanbindung der Häfen</u></p> <p>Ausbau wichtiger Wasserstraßen und Prüfung der Finanzierung neuer Projekte in Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen.</p> <p>Vertiefung der Fahrrinnen von Ems und Weser unter zwingender Gewährleistung der Deichsicherheit und ökologischer Belange.</p> <p>Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanals zwischen Lingen und Rheine zügig ausbauen (auch für große Frachtbinnenschiffe): Sanierung der Schleusen am Dortmund-Ems-Kanal ist dafür Voraussetzung.</p> <p>Ausbau der Mittelweser von Bremen bis</p>	<p>Niedersächsische Binnenwasserstraßennetz kontinuierlich ausbauen.</p> <p>Nutzung der Binnenwasserstraßen für mindestens zweilagigen Containerverkehr kontinuierlich marktgerecht optimieren.</p> <p>Zusätzliches Schiffshebewerkes in Scharnebeck am Elbe-Seiten-Kanal in den Abmessungen der Schleuse Uelzen bauen.</p> <p><u>Hochwasser</u></p> <p>Naturverträgliche Flussbewirtschaftung (kostet ein Zehntel der Reparatur von Hochwasserschäden).</p> <p>Gesunde Wälder und Auen gegen Starkregen</p>	<p>Planungen zur Vertiefung der Unterelbe, Außenems sowie Außen- und Unterweser stoppen.</p> <p>Überschwemmungsgebiete erweitern bzw. wiederherstellen.</p> <p>Fließgewässer inklusive Auen und Altarme erhalten oder renaturieren.</p> <p>Deiche um mindestens 80cm erhöhen.</p>	<p>Renaturierung und Herstellung ökologischer Durchlässigkeit der Fließgewässer.</p> <p>Ausbau Binnenkanäle für übergroße Großmotorgüterschiffe.</p> <p>See- und Landverbindungen der niedersächsischen Häfen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte ausbauen.</p> <p><u>Elbvertiefung</u></p> <p>Fahrrinnenvertiefung für Hamburg / umliegende Regionen von großer Bedeutung.</p> <p>Deichsicherheit vor Vertiefung gewährleisten (dabei Verursacherprinzip zwischen Vorhabenträger, Hamburg und Bund Rech-</p>	<p>Kein Einvernehmen zu weiterer Elbvertiefung. Stattdessen Abwicklung des Güterverkehrs zu Wasser über die vorhandene Kanäle.</p> <p>Zerstörung der Ems durch weitere Baggerungen und Eingriffe am Flussbett nicht fortsetzen.</p> <p>Beim Bau noch größerer Schiffe andere Lösungen suchen (z.B. der hallengefertigte Segmentbau, Zusammenbau der Teile bevorzugt in Emden).</p> <p>Sofort alle verschlechternden Maßnahmen und Vorhaben unterlassen und Renaturie-</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Minden und damit verbundene. Schleusen Anpassungen vorantreiben. Auf Dauer auch Ausbau der Anbindung Os-nabrücks über Mittellandkanal sowie Ausbau des Küstenkanals von Oldenburg bis Dörpen erfolgen. Anpassung des Schiffshebewerkes in Scharnebeck bei Lüneburg für Verbesserung der Wasserstraßenverbindung zwischen Elbe und Mittellandkanal.</p> <p><u>Elbvertiefung</u> Gegen geplante Elbvertiefung aus Gründen der Deichsicherheit sowie der Folgen für Natur und Landschaft. Ohne verlässliche Bewertung früherer Elbvertiefungsmaßnahmen und Ausräumung aller berechtigten Einwände kein Einvernehmen.</p> <p><u>Hochwasser</u> Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und Wiederherstellung von Retentionsflächen weiterverfolgen (sollen bei Raumplanung höchste Priorität genießen); Zusammenarbeit mit Kommunen und Nachbarländern. Ausstehende Baumaßnahmen im Rahmen des Hochwasserschutzplans „Untere Mittelbe“ prüfen und rasch auf höchstem Sicherheitsniveau umsetzen.</p>	<p>und Jahrhundertfluten.</p>		<p>nung tragen). Abarbeitung der Auflagen aus letzter Elbvertiefung gewährleisten.</p> <p><u>Hochwasser</u> Ausweisung aller erforderlichen Überschwemmungsgebiete. Wiederherstellung von Retentionsräumen in dafür geeigneten Bereichen. Unterstützung baulicher Maßnahmen auch durch Finanzmittel des Landes. Wiederherstellung der Hochwasserabflussprofile auch durch naturverträglichen Einschnitt im Deichvorland.</p>	<p>zung der Ems einleiten.</p>
Meeres-, Küstenschutz, Schifffahrt				
<p><u>integriertes Küstenzonenmanagement:</u> Ausbau der Schutzanlagen entsprechend Anforderungen und Effizienz. Deiche vor Ablagerung von Treibsel (Teek) schützen. Seedeiche höher bauen als es heute notwendig. Kleientnahme aus Pütten auch im Vordeichsgelände, wo ökologisch verantwortbar und ökonomisch sinnvoll. Generalplan Küstenschutz laufend fortschreiben und aktuellen Erkenntnissen der Klimafolgenforschung anpassen. Vorrangflächen für Deichbau- und Küsten-</p>	<p>Aufnahme des Schutzes von Bereichen des Wattenmeers in eine Küstenschutzstrategie. Vereinbarungen des trilateralen Wattenmeerplans der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks umsetzen. Verfahren zur Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe vorantreiben. Einrichtung wirksamer Meeresschutzgebiete, die konsequente Umsetzung von Natura 2000 in Flussmündungen und die Ausdehnung der marinen Meeresschutzstrategie-Richtlinie auf alle tidebeeinflussten Küstenbereiche.</p>	<p>Internationale Regelungen gegen mit Schweröl betriebene Seeschiffe erwirken – bis dahin in Häfen an externe Stromerzeugung anschließen (zur Reduzierung von Stickoxiden, Feinstaub und anderen Schadstoffen). Bonus-System für besonders umweltfreundliche Schiffe bei Hafen- und Lotsengebühren.</p>	<p>Mittelerhöhung für Küstenschutz. Zusätzliche Mittel für Behebung von Schwachstellen (speziell Bundeswasserstraßen und Inseln). Bund soll Finanzmittel für Küstenschutz wieder aufstocken. Kleientnahme auch aussendeichs. Schutz nds. Küste und Inseln verstärken. Anfallen von Treibsel durch geeignete Bewirtschaftung des Deichvorlandes entgegenwirken. Für Meeresschutz Entwicklung eines Küstenzonenmanagements. Wattenmeer als UNESCO-</p>	

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>schutzmaßnahmen ausweisen. <u>maritime Verkehrspolitik</u> Im Havarieschutz Ausbildung und Schulung des Personals zur küstennahen Schadstoffunfallbekämpfung als Schwerpunktaufgabe weiter betreiben. Kartierung der Empfindlichkeit von Uferbereichen gegen Ölverschmutzungen durch Kartierung seeseitiger Flächen ergänzen; soll Bestandteil des Forschungsförderungsschwerpunkts „Meeresforschung“ werden. Auf nördliche Verlegung der Seehauptverkehrswege drängen. Auf internationaler Ebene Recht des Reeders zur Aufgabe eines havarierten Schiffes ändern - Transportschiffe mit nur einer Schutzwand abschaffen; internationales Konzept zur Aufrüstung der Schiffsflotten.</p>			<p>Biosphärenreservat weiterentwickeln, als Weltnaturerbe anmelden und auf Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Nationalparks im Wattenmeer hinwirken.</p>	
<p>Schienen- und Güterverkehr</p>				
<p>Magnetschwebebahntechnik als Lösung für schnellste Verkehrsverbindungen. Zugstreckenausbau der „Amerika-Linie“ Wilhelmshaven – Oldenburg – Bremen – Langwedel – Uelzen – Berlin. Weiteren Ausbau privater Angebote im Bereich des Schienenverkehrs. Bessere Anbindung zum Ruhrgebiet über Oldenburg und Osnabrück. Strecke Amsterdam – Rheine – Osnabrück – Hannover – Berlin aufwerten. <u>Güterverkehr</u> Bahnnetz für Güterverkehr stärker als geplant erweitern. Y-Trasse notwendig für Güterverkehr für Seehäfen, Fahrtzeitverkürzung im Personenverkehr und Anbindung ländlicher Raum.</p>	<p><u>Schienen- und Verkehrsausbaumaßnahmen</u> Mehr Güter auf die Schiene und gleichzeitig Personennah und Fernverkehr zielgerichtet verbessern. Dafür milliardenschwere Großinvestitionen im norddeutschen Raum für Neubau, Ausbau und Erhalt bestehender Schienentrassen. Zunahme und Ausbau des Güterverkehrs darf nicht zu Beeinträchtigungen im Personenverkehr führen. Beim Bund und DB AG für Entwicklung und Umsetzung eines qualifizierten Gesamtkonzepts zum Infrastrukturausbau im norddeutschen Schienennetz einsetzen. Dies soll beiden Zielen Rechnung tragen: bietet nachhaltig zukunftsorientierte Lösungen für die akute Überlastung der Hauptverkehrsstrassen und Raum für zukünftige Entwicklungen. Priorität genießen Ausbau der überlasteten Knotenpunkte Bremen, Hamburg und Oldenburg sowie Kapazitätserweiterungen auf den Verbindungskorridoren Hamburg-Bremen, Hamburg-Hannover und Bremen-Hannover, den Strecken ins Ruhrgebiet so-</p>	<p>Keine Privatisierung der Bahninfrastruktur. Schienennetz im öffentlichen Besitz belassen. Wiederinbetriebnahme von Strecken und Haltepunkten – wichtige Lückenschlüsse neu bauen. Bahnhöfe erhalten, attraktiver gestalten, zu modernen Umsteige- und Informationszentren entwickeln <u>Güterverkehr</u> Regionale Güterverteiler- und Verkehrszentren für kombinierten Ladungsverkehr. Industriestammgleise ausbauen. Gewerbegebiete an Schienentrassen anbinden. Containerverkehr stärker von Straße auf Schiene. <u>Schieneausbaukonzept</u> kurzfristig mit Bundesländern Bremen und Hamburg gemeinsam und zukunftsgerichtet erarbeiten dabei die neuralgischen Knoten und die Hauptlinien neu überplanen Konzept zusammen mit den anderen Ländern gegenüber Bund und der Deutschen</p>	<p>Schienenprojekte aus Bundes-Investitionsrahmenprogramm zügig umsetzen. Landverbindungen der niedersächsischen Häfen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte ausbauen (doppelspuriger Ausbau & Elektrifizierung der Bahnstrecke vom Jade-Weser-Port inkl. Strecke Oldenburg-Osnabrück, Bau der Y-Trasse).</p>	<p>Stärkung des Regionalverkehrs durch erhöhten Einsatz von Landesmitteln; Ausgleich der Kürzungen der Bundesmittel. Stillgelegte Bahnstrecken nicht entwidmen lassen und wieder für den Schienenverkehr nutzbar machen. Wiederinbetriebnahme von geschlossenen Bahnhöfen und Errichtung neuer Haltestellen, um Attraktivität der Bahn durch bessere Erreichbarkeit zu erhöhen. Vernetzung von Eisenbahn und Straßenbahn ist sinnvoll. Verhinderung von Streckenstilllegungen, besonders in der Fläche. Wiederinbetriebnahme länderübergreifender Bahnlinien. Initiativen im Landtag für Bundesratsebene: Privatisierung der Bahn durch geplanten Börsengang verhindern. <u>Güterverkehr</u> Ausbau der Schienenkapazitäten zur Abwicklung des Güterverkehrs: leistungsfähige Hinterlandanbindung von besonderer Bedeutung. Ablehnung Bau der Y-Trasse, weil weder für</p>

Ziele, Absichten und Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008 - Synopse

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
	<p>wie der Heidebahn und der Amerika-Linie Y-Trasse soll intelligente Neu- und Ausbaulösungen für Güter- und Personenverkehr auf Höhe der Zeit bieten.</p> <p><u>Finanzen und Wettbewerb</u></p> <p>Beim Bahnnetz Wettbewerb fördern: bei gleich bleibenden Zuschüssen so Qualität der Strecken und Infrastruktur verbessern. Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr rückgängig machen.</p> <p>Zweckentfremdete Regionalisierungsmittel in Millionenhöhe dem Schienenverkehr wieder zuführen.</p> <p><u>Personenverkehr</u></p> <p>Verbesserung des Nahverkehrsangebots; mehr Bahnkunden.</p> <p>Für leistungsfähige Bahn-Schnellfahrstrecken zwischen Verkehrsknotenpunkten. Ausbau der Knotenpunkte Bremen / Oldenburg.</p>	<p>Bahn AG durchsetzen.</p> <p>Sanierung, Ausbau, Modernisierung und Reaktivierung vorhandener Bahnstrecken - wenn das nicht ausreicht auch Neubau.</p>		<p>Jade-Weser-Port noch für Bremischen Seehäfen zusätzliche Transportkapazitäten bereitgestellt werden und zudem Hamburger Hafen nicht angebunden wird.</p> <p>Bisheriges Förderprogramm für Anschlussgleise finanziell weiter aufstocken, um Industriestandorten Möglichkeit einzuräumen, über Schiene Transporte ab Werk durchzuführen.</p>
Straßen und Radwege				
<p>Küstenautobahn A 22 zügig planen und bauen.</p> <p>A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg und den Lückenschluss der A 33 bei Osnabrück vorantreiben.</p> <p>Durchgehend sechsspuriger Ausbau der A7 und der A1 zwischen Osnabrück und Hamburg, der A 21 Kiel – Winsen (Luhe), der A 26 von Stade nach Hamburg sowie dem Projekt A 39.</p> <p>Für einen zügigen, vierspurigen Ausbau der Europastraße E 233 von den Niederlanden über Meppen, Cloppenburg bis zum Anschluss an die A 1 als Verkehrsachse von Holland in Richtung Bremen.</p> <p>Prüfung der Ausweitung der flexiblen Freigabe des Seitenstreifens - ermöglicht kurzfristige Reaktion auf besonders hohes Verkehrsaufkommen und Staus.</p> <p>Möglichkeiten der projektbezogenen privaten Finanzierung (Öffentlich Private Partnerschaft - ÖPP) und Zusammenarbeit mit den Kommunen intensiver nutzen.</p>	<p>Schnellstmögliche Realisierung der Küstenautobahn A 22 zur besseren Küstenerschließung.</p> <p>Für A 26 zwischen Stade und Hamburg.</p> <p>Für zügigen Baubeginn A 39 zwischen Wolfsburg-Braunschweig und Ostsee.</p> <p>Bis 2013 Investitionsstau auf Landesstraßen auflösen.</p> <p>Für Investitionen bei Autobahnen und Bundesstraßen mit Bund verhandeln.</p> <p>Möglichkeit prüfen, bei Bau von Neustrecken öffentlich-private Finanzierung einzusetzen.</p>	<p>Kein Neubau von Autobahnen (A 39, A 22, A33).</p> <p>Eingesparte Planungskosten in Unfallvermeidung an Gefahrenpunkten und Bauunterhaltung vorhandener Landesstraßen investieren.</p> <p>Ausbau von Kreisverkehren.</p> <p>Radwegenetz ausbauen.</p> <p>Begleitender Radweg für alle Landesstraßen innerhalb von fünf Jahren.</p> <p>GigaLiner-Versuch nicht fortsetzen.</p>	<p>Realisierung der Autobahnprojekte A 39, A 20/22, A 26, A 33-Anbindung an A 1 bei Osnabrück, Entlastung der A 2 Hannover-Braunschweig, sechsspuriger Ausbau A 1 und A 7, Bau der A 22 zwischen Wesertunnel und Elbquerung bei Drochtersen über Bremervörde.</p> <p>Vierstreifiger Ausbau der E 233 zwischen Cloppenburg und niederländischer Grenze.</p> <p>Mittel für Landesstraßen dauerhaft erhöhen; Substanzerhalt sichern, notwendige Ortsumfahrungen zügig verwirklichen.</p> <p>Radwegenetz konsequent ausbauen.</p>	<p>Bis auf wenige Ausnahmen Schwerpunkt auf Erhaltung und Ertüchtigung bestehender Straßen.</p> <p>Kein Neubau von Autobahnen (A 22, A 39).</p> <p>Keine Genehmigung für GigaLiner.</p>

CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Landesstraßennetz weiter verbessern. Radwegenetz an Landesstraßen ausbauen – wieder Radwegebauprogramm des Landes aufstellen.</p>				
Tourismus				
<p>Radwegenetz verbessern neue Radwege in touristisch interessanten Gebieten ausbauen. Wassertourismus fördern – im Rahmen bestehender Fördermöglichkeiten Entwicklung vernetzter, durchgängig befahrbarer Gewässersysteme in der Förderperiode 2007 bis 2013 aus Mitteln der EU-Strukturfonds unterstützen. Mit „Masterplan Nordsee“ touristische Potenziale der Küstenregion als Urlaubs- und Erholungsgebiet stärken. Modellregionen (bspw. Naturpark Lüneburger Heide, Wattenmeer, Elbtalau) zum Aufbau von Infrastrukturen für nachhaltige Entwicklung schaffen – Förderung naturnaher Tourismusangebote durch EU-Mittel in Höhe von rund 40 Millionen. Rolle der Fischerei im Tourismusbereich stärken. <u>Pferde</u> Gleichstellung von Pferdehaltern mit Landwirten bei Bauvorhaben im Außenbereich. Ausweisung von mehr bereithaltenen Wegen in Abstimmung mit Straßenbaulastträgern. Intensivierung der Forschung am Pferd bis hin zur Aufklärung des Pferdegenoms unterstützen.</p>	<p>Federführung beim Wirtschaftsministerium – Parallelorganisation mit Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium beenden. Gesamtstrategie auf Grundlage der Masterpläne für niedersächsische Tourismusregionen Nordsee, Lüneburger Heide, Harz, Weserbergland entwickeln.</p>	<p>Nds. Tourismusregionen als Alternative zum klimabelastenden Fernurlaub. Naturnahe Tourismusangebote (Wassersport, Radwandern, Klettern, Reiten etc.) vorrangig fördern – müssen mit Bus und Bahn gut erreichbar sein. Mit EU-Mitteln bestehende touristische Angebote deutlich verbessern. Gegen klimafeindlichen "Snowdome" in Lüneburger Heide bzw. "Bavaria Alm" im Harz.</p>	<p>Nachhaltigen Tourismus fortentwickeln. Weitere Vernetzung von Wasser-, Fern-, Reitwanderwegen, Fernradwegen.</p>	